

DER BREXIT ALS TROJANISCHES PFERD

>> von Dirk Wentzel > Über ein Jahr ist es her, seit sich am 23. Juni 2016 eine hauchdünne Mehrheit der Briten für einen Ausstieg aus der EU entschieden hat. Bei manchen notorischen EU-Kritikern und libertären Geistern, etwa der Gruppe „Economists for BREXIT“, herrschte teilweise offene Freude, zumindest aber Schadenfreude: Die EU habe den verdienten Denkkzettel erhalten, und das Vereinte Königreich werde nun einen ordnungspolitischen Gegenentwurf zur Brüsseler Bürokratie entfalten mit offenen Märkten, Deregulierung und Wettbewerb – quasi eine Mischung der wirtschaftlichen Ordnungsregeln von Schweiz, Hongkong und Singapur!

Monate später herrschte großer Katzenjammer: Der BREXIT hat sich als trojanisches Pferd erwiesen und wirtschaftspolitische Konzepte wieder zum Leben erweckt, die man seit den 30er Jahren als gescheitert angesehen hatte. Neuer handelspolitischer Protektionismus nach außen in Kombination mit alten keynesianischen Konzepten nach innen – von einer Modernisierungswelle und einer neuen Gründerzeit ist das Vereinte Königreich weit entfernt. Es ist bezeichnend, dass Nigel Farage der erste europäische Besucher war, der dem frisch gewählten US-Präsidenten und bekennenden Gegner des Freihandels, Donald Trump, nach seinem Wahlsieg persönlich gratulierte. Über die neue Entwicklung der sog. „special relationship“ zwischen beiden Ländern kann nur spekuliert werden: Für den internationalen Handel bedeutet sie nichts Gutes.

Als besonders schwierig für die neue Regierung von Theresa May erweist sich die Umsetzung eines zentralen Versprechens der Brexiteers: „Enjoy the benefits without bearing the costs“. Das Aufbrechen der vier Freizügigkeiten – von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Personen – in die vermeintlich gute Kapitalverkehrsfreiheit und die schlechte Personenfreizügigkeit ist weder mit den Prinzipien der EU noch mit denen der europäischen Nationalstaaten vereinbar. Die City of London hat bereits angekündigt, dass sie von möglichen Beschränkungen der Personenfreizügigkeit ausgenommen werden will, weil das „Geschäftsmodell London“ nur mit einer sehr internationalen Arbeitnehmerschaft funktioniert – sowohl im Banken- wie auch im Dienstleistungssektor. Von allen möglichen Reformszenarien erscheint im Moment eine Zollunion zwischen der EU und Großbritannien am wahrscheinlichsten mit freiem Güter- und Dienstleistungshandel, aber ohne Wanderung der Produktionsfaktoren. Das entspricht in etwa dem Status, den die Türkei derzeit gegenüber Europa in Handelsfragen hat.

Als schwierig erweist sich zudem die Umsetzung des Wahlslogans „Britain first“, was im krassen Gegensatz zum Bild eines neuen, weltoffenen Großbritannien steht – und nebenbei eine Verletzung der WTO-Prinzipien der Freizügigkeit und der Meistbegünstigung ist. Dieser Slogan ist zudem nichts anderes als die Neu-Auflage des gescheiterten „buy British program“, mit dem die britische Regierung ab November 1931 dazu aufrief, nur noch britische Produkte zu kaufen, um damit die Zahlungsbilanzprobleme des Landes in der Zwischenkriegsperiode lösen zu können. Sowohl aus der Außenhandels- wie auch der Spieltheorie ist bestens bekannt, dass es nicht funktionieren kann, wenn ein Land einseitig zur Handelsdiskriminierung greift – schon gar nicht, wenn es ein relativ kleines Land ist. Andere Länder werden reagieren

und zu Vergeltungsmaßnahmen greifen. Wen dieses theoretische Argument nicht überzeugt, dem sei ein Blick in die Geschichtsbücher empfohlen.

Die Dynamik des BREXIT ist zudem grundlegend verändert worden durch die Entscheidung des Londoner High Courts, dass das Parlament an den Entscheidungen beteiligt werden müsse: Theresa May hat kein unbeschränktes Mandat, den Ausstieg allein zu verhandeln. Obwohl die Regierung Verfassungsbeschwerden einlegte, ist nicht damit zu rechnen, dass das oberste Verfassungsgericht das Parlament in dieser grundlegenden Frage entmachten und der Regierungschefin unkontrollierte Machtbefugnisse zusprechen wird. Damit ist die einfache Entscheidung, entweder für oder gegen den BREXIT zu sein, durch eine viel komplexere Ebene ersetzt worden: Es geht jetzt nicht mehr um eine Ja- oder Nein-Entscheidung, sondern um hunderte Sachfragen, die einzeln im Parlament diskutiert werden müssen: Und hierbei können sich einzelne Parlamentarier sehr wohl gegen den BREXIT entscheiden, wenn beispielsweise Interessen der Wähler in ihrem persönlichen Wahlkreis direkt negativ betroffen sind.

Als vermutlich größtes Manko der Brexiteers ist jedoch festzuhalten, dass ihnen bisher ein Programm fehlt, wie die britische Industrie wieder wettbewerbsfähiger gemacht werden könnte. Die Attraktivität eines Landes und die Anziehungskraft für Kapital und leistungsbereite Menschen hängen eindeutig von den Innovationen ab sowie von den Produkten, die an den Weltmärkten handelbar sind: Kernpunkt ist und bleibt die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Diese ist jedoch durch den angekündigten Ausstieg aus Europa keinesfalls verbessert worden – eher im Gegenteil. Die Unsicherheit, wie es politisch und wirtschaftlich mit Großbritannien weitergehen wird, ist größer geworden.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass Theresa May einseitig den britischen Markt öffnen und damit die „Verlierer der Globalisierung“, die entscheidend zum BREXIT-Votum beigetragen haben, noch weiter an den Rand der Gesellschaft drängen wird. Stattdessen ist mit protektionistischen Maßnahmen zu rechnen, um einzelne Branchen und Regionen zu schützen. Doch solche Maßnahmen können gefährliche Kettenreaktionen auslösen. Als der amerikanische Präsident Herbert Hoover 1930 das berühmte Smoot-Hawley-Zollgesetz verabschiedete, war es anfänglich nur für Agrargüter gedacht gewesen. Doch innerhalb kürzester Zeit hatte sich das Gesetz auf über 800 andere Produkte ausgeweitet – mit den entsprechenden negativen Konsequenzen für den Welthandel. Eine wesentliche volkswirtschaftliche wie auch historische Erkenntnis ist: Weder Protektionismus noch strategische Währungsabwertungen haben auch nur einem einzigen Land geholfen, sich im Weltmarkt besser zu positionieren.

Das trojanische Pferd hat sich in Großbritannien geöffnet, und herausgestiegen sind viele alte Ideen, die sich letztlich gegen das Land richten werden. Angeblich sollen auch in Paris und Berlin bereits trojanische Pferde gesichtet worden sein.

Professor Dr. Dirk Wentzel

lehrt Volkswirtschaft und Europäische Wirtschaftsbeziehungen und ist Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls der Europäischen Kommission.